

Mitteilung des Senats vom 11. September 2018**Konzept des Senats „Hebammenvermittlungsstellen zur besseren Versorgung und Vernetzung einrichten“**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat mit der Drucksache 19/1289 (beschlossen am 7. Dezember 2017) den Senat aufgefordert ein Konzept zur Einrichtung von Hebammenvermittlungsstellen unter Beteiligung der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration zu erstellen und der Bürgerschaft (Landtag) zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Der Hebammenlandesverband Bremen e.V., die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) sowie die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (SWG) haben gemeinsam das Konzept zur Umsetzung zur Einrichtung von Hebammenvermittlungsstellen im Land Bremen erarbeitet.

Das Konzept wurde von der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz am 12. Juni 2018 und von der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 14. Juni 2018 einstimmig beschlossen.

Der Senat legt der Bürgerschaft (Landtag) folgendes Konzept zur Beschlussfassung vor:

Einrichtung einer digitalen Plattform für eine Hebammenvermittlung am Beispiel der Website Hebammensuchebayern.de

Zur besseren Erreichbarkeit der freiberuflichen Hebammen ist die Einrichtung einer digitalen Plattform für eine Hebammenvermittlung geplant. Ein qualitativ gutes Internetportal muss ein differenziertes Angebot der Hebammenleistungen stadteilbezogen und mehrsprachig anzeigen, welches durch die Anbieterin regelmäßig gepflegt wird inklusive deren Verfügbarkeit. Die Erfahrungen anderer Großstädte zeigen, dass die Frauen und Paare in der Regel das Internet nutzen, um sich über die Angebote freiberuflicher Hebammen zu informieren. Die Internetportale auf www.bremen.de sowie das Angebot des Hebammenlandesverbandes www.hebammen-bremen.com sind derzeit unvollständig.

Die Umsetzung ist für das letzte Quartal 2018 geplant.

Einrichtung einer flankierenden Telefonvermittlung und Beratung durch eine Hebammensprechstunde

Ergänzend zu einer digitalen Plattform müssen die Frauen und Paare im persönlichen Telefonkontakt Informationen erhalten und Nachfragen stellen können insbesondere wenn sie bei ihrer Suche erfolglos sind.

Es ist geplant eine Koordinatorinnenstelle/Koordinatorinnenstelle (inklusive deren Vertretung) auszuschreiben. Zudem muss ein geeigneter Ort, an dem die Hebammensprechstunde stattfinden kann, gefunden werden. Hier wären besonders geeignet die Hebammensprechstunden an Kliniken, ein Geburtshaus oder die Geschäftsstelle des Hebammenlandesverbandes.

Die Umsetzung ist für das 1. Quartal 2019 geplant.

Entwicklung eines Pilotprojektes Quartiersnahe Hebammenzentren zum Beispiel in Gröpelingen

Ein weiterer Lösungsansatz ist, neue Versorgungsformen in Stadtteilen zu entwickeln, die wenig Hebammen-Angebote vorweisen. Durch die Bildung eines Hebammenzentrums kann Hebammenhilfe im Team erbracht werden. Geregelter Freizeit aufgrund von Vertretungsregelungen und Synergien beim Qualitätsmanagement sowie geringere Wegezeiten führen zu einer Entlastung der Hebammen und ermöglicht es ihnen mehr Familien zu betreuen. Die quartiersnahe Verortung des Zentrums erfüllt den Vorteil der Niedrigschwelligkeit. Frauen und Familien können im Stadtteil direkt angesprochen werden. Aufgabe des Zentrums ist es, den spezifischen Bedarf an Versorgung vor und nach der Geburt zu identifizieren und entsprechende Angebote zu konzipieren. Berücksichtigung finden hier unter anderem die Bedürfnisse von Migrantinnen, Alleinerziehenden, Arbeitslosen und Teenage-Müttern. Ein Zentrum kann zudem die Koordination und Vernetzung aller lokalen Versorgungserbringer, wie zum Beispiel: Geburtshaus, Familienbildungsstätten, Gynäkologische Praxen, Selbsthilfegruppen, Sozialstationen, freiberufliche Hebammen, Familiengesundheitspflegerinnen, -hebammen und Perinatalzentren, fördern.

Die Umsetzung ist für das letzte Quartal 2019 geplant.